
Beschluss der 88. Vollversammlung des Landesjugendringes Schleswig-Holstein in der JugendAkademie Bad Segeberg, Marienstraße 31, 23795 Bad Segeberg

Gute Rahmenbedingungen für junges Engagement in Schleswig-Holstein

In den kommenden Jahren wird sich die Bevölkerungszusammensetzung in Schleswig-Holstein stark verändern. Die Jugendverbände und -ringe in Schleswig-Holstein wollen die Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen in Schleswig-Holstein in den nächsten zehn Jahren mitgestalten.

Hintergrund: Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung

Der demografische Wandel führt dazu, dass der Anteil junger Menschen in Schleswig-Holstein immer weiter sinkt. Das nördlichste Bundesland besitzt bereits jetzt den im Bundesvergleich zweithöchsten Seniorenanteil (65 Jahre und älter).¹ Bereits 2025 wird der Anteil der unter 20jährigen von 19,7% auf 16,7% zurückgehen.² Gleichzeitig wird allein 2015 mit zehn- bis zwanzigtausend neuen Asylbewerber_innen in Schleswig-Holstein gerechnet, darunter auch viele junge Menschen. Wie sich die Anzahl junger Geflüchtete in den kommenden Jahren entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Die Jugendverbände und Jugendringe in Schleswig-Holstein begreifen diese Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung als Herausforderung und Chance. Es gilt, die veränderten Rahmenbedingungen aktiv zu gestalten, um für die kleiner werdende Zahl junger Menschen ein Lebensumfeld zu schaffen, in dem sich diese gut entwickeln können.

Dabei wird die Entwicklung in den einzelnen Kreisen Schleswig-Holsteins höchst unterschiedlich sein. Kiel und Flensburg werden ebenso wie das Hamburger Umland von Zuwanderung profitieren, während der Rückgang der Anzahl junger Menschen in den Kreisen Steinburg, Nordfriesland, Ostholstein und Plön (zwischen einem Viertel und einem Drittel der unter 20jährigen) am meisten zu spüren sein wird. Eine besondere Bedeutung kommt daher der Aufgabe zu, in diesen ländlichen Gebieten eine attraktive Infrastruktur für Kinder und Jugendliche vorzuhalten und die bereits vorhandenen Unterschiede zwischen den Regionen in Schleswig-Holstein nicht noch größer werden zu lassen. Auch in den größeren Städten bestehen heute bereits große Probleme gemeinnützige Angebote aufrechtzuerhalten bzw. neu zu entwickeln, wie z.B. Mittelknappheit und eine stark heterogene Bevölkerungszusammensetzung.

Ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung macht stark für Verantwortungsübernahme

Wir erwarten, dass durch die einschneidende Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung jungen Menschen mehr Aufmerksamkeit zukommen wird als bisher. Den Jugendverbänden und -ringen in Schleswig-Holstein ist dabei wichtig, dass diese Aufmerksamkeit nicht nur den Bereich der formalen

¹ <http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/zensus-2011:-seniorinnen-und-senioren-in-schleswig-holstein-im-vergleich-zu-anderen-bundeslaendern-1/>

² http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Schwerpunkte/Landesplanung/WeitereThemen/DemographischerWandel/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung_node.html;
eine Einteilung in die Altersgruppe U27 erfolgt nicht.

Bildung und Arbeitsmarktfähigkeit junger Menschen erfasst, sondern vielmehr ihre Persönlichkeitsentwicklung als Ganzes in den Fokus nimmt.

Qualifikationen aus der Jugendverbandsarbeit werden in Zeiten des lebenslangen Lernens immer wichtiger. In Jugendverbänden lernen Kinder und Jugendliche im täglichen Miteinander das, was für ein selbstbestimmtes und gesellschaftlich engagiertes Leben in einer inklusiven Gesellschaft notwendig ist: die Bereitschaft und Fähigkeit zur Artikulation eigener Interessen, Wege und Möglichkeiten, diese durchzusetzen, ebenso wie der Umgang mit Konflikten. Kinder und Jugendliche lernen in der Gruppe und in der verbandlichen Zusammenarbeit auch, sich mit anderen zusammen zu tun, Kompromisse zu finden und Verantwortung zu übernehmen. Vereine und Verbände benötigen die Unterstützung von Politik und Gesellschaft, um ihrer selbst gewählten Rolle, jungen Menschen Freiräume für ihre Entwicklung zu geben, gerecht werden zu können.

Auf der jungen Generation ruhen bereits jetzt hohe Erwartungen und sie wird zukünftig eine große Verantwortung zu tragen haben. Es ist daher folgerichtig, Freiräume zu schaffen, damit Kinder und Jugendliche sich weitestgehend frei von Druck entwickeln können. Wir beobachten jetzt schon, dass u.a. aufgrund der Anforderungen des Arbeitsmarktes die Bedeutung von Bildung immer mehr zugunsten der formalen Bildung in Schule und Ausbildung verlagert wird. Es steigt die Gefahr, dass zeitliche Freiräume für ehrenamtliches Engagement weiter sinken werden. Diesen Trend gilt es zu stoppen. Hier ist ein Umdenken der Entscheider_innen notwendig, denn Kinder- und Jugendliche haben ein Recht auf Freizeit und erwerben im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements wichtige Kompetenzen für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Es freut uns daher, dass auch der Beschluss des neuen Kinder- und Jugendaktionsplans für Schleswig-Holstein das Thema „Freiräume für gesellschaftliches Engagement“ aufgreift.

Gute Jugendarbeit braucht verlässliche Rahmenbedingungen - angemessene Förderung für Ferienfreizeiten und Ausbildungsangebote der Jugendverbände

Das Potenzial einer höheren Aufmerksamkeit für junge Menschen gilt es zu nutzen und gleichzeitig zu verhindern, dass bereits überholte Handlungsmuster wie die reflexartige Kürzung von Mitteln für die Jugendarbeit in schwierigen Zeiten wiederholt werden. Der Kostendruck in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen Kreisen, Städten und Gemeinden wird sich in den nächsten Jahren weiter erhöhen. In der Vergangenheit bedeutete dies in der Regel, dass bei der Jugendverbandsarbeit als einer vermeintlich freiwilligen Leistung zuerst gekürzt wurde. Ein Rechtsgutachten³ hat kürzlich erst klargestellt, dass es sich bei der Förderung um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handelt. Jugendverbände und ebenso Jugendringe als ihre Zusammenschlüsse sind nachhaltig und dauerhaft zu fördern, so dass sie ihren gesetzlichen Aufgaben gerecht werden können. Dies bedeutet, dass eine reine Projektförderung nicht ausreicht und auch Mittel für eine verlässliche, kontinuierliche Arbeit zur Verfügung gestellt werden müssen. Dazu gehören Mittel für die Aus- und Fortbildung von Ehrenamtlichen ebenso wie die Finanzierung hauptamtlicher Unterstützung und die Zuschüsse für Ferienfreizeiten. Nur bei einer verlässlichen Förderung entstehen notwendige Freiräume, um neue Themen aufzugreifen und bereits Vorhandenes weiterzuentwickeln.

Eine Kürzung der für die Jugend(verbands)arbeit zur Verfügung stehenden Mittel im gleichen Grad wie der Rückgang der Anzahl Jugendlicher hätte fatale Folgen für die Angebote vor Ort. Freie Träger müssten sich insbesondere aus den strukturschwachen ländlichen Gebieten zurückziehen und Strukturen ehrenamtlichen Engagements würden zerstört. Denn die Kosten für jeden einzelnen Jugendlichen werden steigen, wenn ihre Gesamtzahl abnimmt. Auch die Zahl der Jugendleiter_innen wird abnehmen, sei es durch Abwanderung oder eine hohe Beanspruchung durch (Schul-)Ausbildung oder Beruf. Eine Folge wird sein, dass die Bedeutung hauptamtlicher Kräfte steigen wird, um Jugendarbeit in gleichem Umfang und in gleichbleibender Qualität vorhalten zu können. Die

³ Wiesner, Prof. Dr. Reinhard u.a. (2013): Jugendverbände sind zu fördern! Berlin. Abrufbar unter <https://www.dbjr.de/nationale-jugendpolitik/kjhg.html>

sinkende Zahl von Jugendleiter_innen hat auch zu Folge, dass vor Ort weniger im Austausch voneinander gelernt werden kann und weniger Vertretungsmöglichkeiten vorhanden sind. Gleichzeitig steigt der Bedarf an Ferienfreizeiten und anderen Angeboten, mit denen die Akteure der Jugendverbandsarbeit Kindern und Jugendlichen Teilhabe und sinnvolle Freizeitgestaltung außerhalb der Familie ermöglichen. Die Jugendverbände gehen mittelfristig von einem etwa 20% höheren finanziellen Mehrbedarf aus, um ihr Angebot aufrecht erhalten zu können. Eine Investition in die Jugendarbeit von heute ist ein Gewinn für die Gesellschaft von morgen.

Kinder und Jugendliche beteiligen sich und gestalten Gesellschaft

Ein Gutachten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung hat bereits 2009 darauf hingewiesen, dass sich Infrastruktur in Zeiten demografischen Wandels nicht beliebig verkleinern lässt, sondern neue Wege gesucht werden müssen, um ein attraktives Angebot vor Ort vorzuhalten. Es wird festgestellt, „dass sich neue Ideen und Konzepte im Allgemeinen nur von unten nach oben entwickeln, und dass dazu die aktive Mitarbeit der Menschen vor Ort nötig ist. Im Zentrum der Entwicklung stehen immer soziale Netzwerke und eine aktive Zivilgesellschaft. [...] Wo immer [...] ziviles Engagement zu beobachten ist, sollten vor allem bürokratische Schranken abgebaut werden, damit sich kreatives Potenzial auch entfalten kann.“⁴ Dieses ist in Jugendverbänden zweifellos vorhanden und sollte anerkannt werden. Zukünftig wird der Anteil von Kindern und Jugendlichen und die Sichtbarkeit ihrer Aktivitäten noch stärkeren Einfluss darauf haben, wie attraktiv Städte und Gemeinden für Familien und ebenso für ältere Menschen sein werden. Wer das kreative Potenzial junger Menschen nicht zu nutzen weiß, wird abgehängt werden. Umso wichtiger ist es, Kinder und Jugendliche als Expert_innen an Entscheidungen zu beteiligen und dafür zu sorgen, dass nicht nur für die Bevölkerungsmehrheit der Senior_innen, sondern auch für die Minderheit der Jungen ein attraktives Lebensumfeld geschaffen wird.

Einige Städte und Gemeinden haben bereits erkannt, dass in der Beteiligung junger Menschen eine große Chance besteht. Wichtig ist, dass andere von diesen guten Beispielen lernen. §47f der Gemeindeordnung wird häufig noch nicht oder nur unzureichend umgesetzt. Es ist daher folgerichtig, dass im neuen Kinder- und Jugendaktionsplan des Landes der Ausbau von Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten als eigener Aspekt berücksichtigt wird. Ausschlaggebend für den Erfolg von Mitbestimmung ist ein ernsthaftes Bemühen um die Wahrung der Interessen junger Menschen. Echte Beteiligung zeigt sich daran, dass sie dann stattfindet, wenn es tatsächlich etwas zu entscheiden gibt, dass eine Begegnung auf Augenhöhe stattfindet und dass Kinder und Jugendliche nicht für repräsentative Zwecke instrumentalisiert werden. Dazu gehört auch, dass junge Menschen inhaltlich vorbereitet werden, um denselben Informationsstand wie die Verhandlungspartner zu erreichen, und jugendgerechte Formen zur Beteiligung gewählt werden. Jugendverbände und Kreisjugendringe sind die natürlichen Ansprechpartner_innen für Politik und Verwaltung vor Ort, wenn es um die Frage geht, wie Beteiligung vor Ort gelingen kann. Denn „in Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet“ (Sgb VIII, §12), so dass Kinder und Jugendliche im täglichen Miteinander lernen, was Mitbestimmung bedeutet und wie Aushandlungsprozesse gelingen.

Zu guten Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gehören über die genannten Punkte hinaus mindestens

1. Räume für selbstbestimmte Jugendarbeit, Freistellungsmöglichkeiten und Anerkennung ehrenamtlichen Engagements

⁴ Weber/Klingholz (2009): Demografischer Wandel. Ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder. Online abrufbar unter www.berlin-institut.org/publikationen/gutachten/demografischer-wandel.html.

Hierzu zählen zeitliche Freiräume ebenso wie Orte für Kinder und Jugendliche für eine attraktive Freizeitgestaltung, seien es Jugendtreffs, Spielplätze oder Räumlichkeiten für verbandliche Aktivitäten. Der Landesjugendring hat in seinem Beschluss „Freiräume für ehrenamtliches Engagement“ der 87. Vollversammlung des Landesjugendrings im Mai 2014 konkrete Forderungen vorgelegt, wie ehrenamtliches Engagement durch Freistellungsmöglichkeiten und Anerkennung gefördert werden kann.

2. Frühe Förderung von jungen Geflüchteten

Junge Geflüchtete müssen die Möglichkeit erhalten, möglichst frühzeitig an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben zu können. Sie müssen unmittelbar nach ihrer Ankunft in Deutschland die notwendige Sprachförderung und einen Anspruch auf einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz erhalten. Ein sofortiger Zugang zu schulischer Bildung muss allen jungen Geflüchteten ermöglicht werden, auch denjenigen, die in Deutschland z.B. aufgrund ihres Alters aus der Schulpflicht herausfallen. Da ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Verbänden in vielen Ländern nicht bekannt ist, sollten Migrant_innen frühzeitig über die Möglichkeiten zu partizipieren informiert werden.

Die Jugendverbände in Schleswig-Holstein wollen in noch größerem Umfang auf junge Migrant_innen zugehen und ihnen Angebote zur Mitwirkung machen. Wir sehen in der Interkulturalität eine Bereicherung unserer Arbeit, in der Toleranz und Vielfalt eine wichtige Rolle spielen, und einen Gewinn für die Gesellschaft insgesamt.

3. Mobilität und und wohnortnahe Angebote

In der Diskussion um Seniorentaxis, die Erreichbarkeit von Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten werden die Bedürfnisse junger Menschen häufig vergessen. Kinder und Jugendliche sind ebenso wie Senioren besonders darauf angewiesen, dass öffentliche Mobilitätsangebote zur Verfügung stehen. Diese müssen möglichst kostengünstig und für alle bezahlbar sein. Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, ohne auf Fahrdienste ihrer Eltern angewiesen zu sein, in angemessener Zeit ihre Schule und außerschulische Angebote zu erreichen. Dazu zählt die Teilnahme an kulturellen, sportlichen, jugendverbandlichen und anderen Veranstaltungen ebenso nachmittags wie abends und am Wochenende. Lange Fahrtzeiten, die dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche einen Großteil ihrer Freizeit in Bus und Bahn verbringen müssen, stellen keine Alternative dar.

4. Ein flächendeckender Breitband-Internetzugang

Die Nutzung von Internet, sozialen Netzwerken und andere digitale Medien ist heute eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Zukünftige Belange von Kindern und Jugendlichen wie Ausbildung, Studium, Job, Beziehung und politische Teilhabe sind unmittelbar mit den digitalen Ressourcen verknüpft. Der Erwerb von mehr Medienkompetenz, wie im Kinder- und Jugendaktionsplan des Landes vorgesehen, setzt voraus, dass überhaupt alle Kinder- und Jugendlichen Zugangsmöglichkeiten besitzen. Im Sommer 2014 besaßen z.B. erst 180 von 1180 Gemeinden in Schleswig-Holstein einen Glasfaseranschluss.⁵ Andere Möglichkeiten wie LTE müssen ebenfalls ausgeschöpft werden. Der Zugang zu Bildung, zu der in der Informationsgesellschaft online-Medien zwingend dazugehören, stellt ein Grundrecht dar. Die Nutzung muss für junge Menschen kostengünstig möglich sein.

⁵ <http://www.shz.de/schleswig-holstein/wirtschaft/schleswig-holstein-eine-digitale-steppe-id7242546.html>